

*Um die Freiheit der Schule in Italien.* Die italienische Verfassung hat die Freiheit des Schulwesens und damit den Bestand der Privatschule gesichert. In fast allen bedeutenderen Orten gibt es blühende katholische, meist von Ordensleuten geleitete Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht. Sie entfalten sich durch die ganze Stufenleiter der Schultypen: Volksschule, Berufsschulen, Mittelschulen verschiedener Art bis zum Lyzeum.

Den Linksradikalen, vorab den Kommunisten, die im Lande eine mächtige Partei bilden, sind sie ein Stein des Anstoßes. Ein allgemeiner italienischer Schulkongreß dieser Kreise (Convegno Nazionale sulla scuola), der Ende Dezember 1951 in Livorno tagte, richtete scharfe Angriffe gegen das katholische Schulwesen. Die Tagung erstrebe (nach Rina Bertoni Jovine, die darüber am 29., 30. Dezember und am 1. Januar in der sozialistischen Zeitung L'Unità berichtete) eine Schule, die den Forderungen des Fortschrittes entspricht und daher dem gesamten Volke die Mittel gewährt, geistig mündig zu werden. Was mit dieser tönenden Phrase gemeint ist, zeigte die Berichterstattung im weiteren Fortgang. Die Staatsschule soll gegen die Gefahr gesichert werden, daß das gesamte Unterrichtswesen in klerikale Hände gerät.

Diese Gefahr werde um so größer, als durch Fahrlässigkeit der Regierung und geringe Liebe für eine aufgeschlossene liberale Kultur die Staatsschulen einem traurigen Verfall überlassen werden. Es fehle ihnen das Nötigste, und sie seien in ungeeigneten Räumen untergebracht. Die Klassenzimmer sind zu eng und zwingen zur Aufstellung von Nebenklassen, was wiederum zur Folge hat, daß die Lehrer in den einzelnen getrennten Kursen nur gekürzt und also ungenügend unterrichten können. Der Kampf gegen das Analphabetentum werde zu lässig geführt, und an der Sorge für eine würdige Existenz der Lehrer fehle es ebenfalls.

Gegenüber dieser Not der Staatsschulen machten sich, so heißt es weiter, die katholischen Privatschulen breit. Sie errichteten zwar neuzeitliche, zweckmäßig eingerichtete Schulgebäude, aber nur für die Kinder jener wenigen Volksschichten, die sich so etwas leisten können. Dabei würden die Zöglinge in diesen Schulen weltfremd und zu einer passiven Unterwürfigkeit des Geistes erzogen. Außerdem ergäben sich diese Institute wirtschaftlichem Gewinnstreben. Nicht die Bildung des Geistes, sondern die Verleihung von Diplomen sei ihnen die Hauptsache.

Demgegenüber wird von katholischer Seite darauf hingewiesen, daß die Not der Staatsschulen eine Erbschaft aus Kriegs- und Nachkriegszeit sei, daß sie auch zu jener Zeit, jüngst und früher bestanden habe, als die Linksparteien noch an der Regierung teilnahmen, daß die gegenwärtigen Staatslenker vieles getan haben, aber freilich beim Übermaß des gegebenen Notstandes noch mehr zu tun übrig sei. Um so mehr müßten die vorgeblichen Volksfreunde linksradikaler Färbung den Beitrag der katholischen Privatschulen zur Hebung der Schulnot begrüßen, zumal sie vielfach auch den Kindern des einfachen Volkes zugute kämen. Tatsächlich gibt es eine Reihe von katholischen Privatschulen, vor allem in den Armenvierteln der Großstädte und Industriegebiete, wo Schwestern oder Schulbrüder umsonst die bedürftigen Kinder unterrichten und nur unter größten Opfern den Schulbetrieb aufrechterhalten können. Grundsätzlich wird noch beigelegt, es stehe jenen, die ständig die Freiheit des Geistes im Munde führen und sie für ihre staats- und wirtschaftspolitischen Ziele beanspruchen, schlecht an, den Katholiken die verfassungsmäßig verankerte Schulfreiheit (Art. 33) streitig zu machen (vgl. La Civiltà Cattolica, 103. Jg., Bd. I, Heft 2439, 2. Febr. 1952, S. 338 f.).

*Atempause in Polen?* Seit neuester Zeit scheinen die Kommunisten in Polen etwas langsamer voranzugehen; offenbar wollen sie ihre schlechten Beziehungen zu den Bauern und zur Kirche etwas verbessern. In der Armee, die nun fast ganz in russi-

schen Händen liegt, werden den polnischen Soldaten große soziale Vorteile geboten. Im Falle eines Krieges ist Polen ein reiches und verkehrstechnisch wichtiges Hinterland, in dem man keinen Partisanenkampf brauchen kann. Die Bauern werden augenblicklich nicht mehr gezwungen, den verhaßten Kolchosen beizutreten; auch hat die Verfolgung der ideologisch nicht zuverlässigen Bauern (Kulaken) merklich nachgelassen. In Prozessen gegen Bauernführer und kirchliche Würdenträger vermeidet man jeden propagandistischen Lärm. Obwohl noch mehrere hundert Priester und zwei Bischöfe im Gefängnis sind, wurden doch schon manche entlassen, darunter sogar der Jesuitenprovinzial P. Bulanda. Die Ernennung zweier Bischöfe durch den Heiligen Stuhl wurde von der Regierung anerkannt, allerdings nicht ohne große Zugeständnisse von seiten der Kirche. — Der neue Verfassungsentwurf, der am 23. Januar dieses Jahres vom Verfassungsausschuß gutgeheißen wurde, enthält dieselben demokratischen Redensarten wie die Verfassung der Sowjetunion. Alles wird auf ihre Auslegung ankommen. Die neue Arbeitsgesetzgebung, die am 1. April dieses Jahres in Kraft treten wird, ist schon deutlicher: Wer zur Arbeit zu spät kommt oder unberechtigt ganz fern bleibt, wird mit großen Lohnabzügen und Zwangsarbeit bestraft. Die Polen haben bekanntlich seit Jahrhunderten eine gewaltige Abneigung gegen Moskau und fühlen sich völlig zum westlichen Kulturkreis gehörig. Neben der Peitsche ist auch viel Zuckerbrot nötig, um sie für den Bolschewismus zu gewinnen.

*Die koreanische Not und ihre Bekämpfung.* Um sich ein Bild von der Lage machen zu können, muß man sich zunächst daran erinnern, daß bereits vor Beginn der offenen Kampfhandlungen vier Millionen Koreaner aus dem sowjetbeherrschten Nordgebiet nach Süden geflohen waren. Dann fegte der Krieg ein-, zwei-, drei- und zum Teil viermal über das Land. Jetzt strömen die vom Schrecken der Schlachten landauf, landab gejagten Volksmassen, soweit sie dem Tode entronnen sind, in ihre früheren Wohnsitze zurück. Meist finden sie nur noch Trümmer vor. Dies ist der Grund, weswegen die Militärbehörden der UN-Streitkräfte in manche Orte nur eine begrenzte Zahl Flüchtlinge hineinlassen wollen. So hatten zum Beispiel nur 200 000 die Erlaubnis zur Rückkehr nach Seoul erhalten. Es sind jedoch bereits mehr als 700 000 zurückgekehrt. Die meisten also „illegal“. Auf alle Weise stehlen sie sich in die militärisch abgesperrte Stadt, zum Beispiel indem sie nachts den Fluß überqueren. Die wenigsten verfügen über irgendwelche Existenzmittel. Und nun das gleiche uns aus der Nachkriegszeit so vertraute Bild: der unkontrollierte Handel mit lebensnotwendigen Dingen, deren Herkunft oft äußerst zweifelhaft ist. Es gibt da Leute, die zerbombte oder leerstehende Häuser geplündert haben und nun alles feilbieten. Andern gelingt es, irgendwo Lebensmittel aufzutreiben. Halbwüchsige Buben machen sich ans Militär, besonders das amerikanische heran und beschaffen sich Konserven, Schokolade und anderes und bilden oft die „Mittelsmänner“ zum Schwarzen Markt.

Man versuchte nun diese herrenlos schweifende Jugend in wohltätigen Anstalten zu sammeln, aber viele Kinder entziehen sich diesem „Zwang“, weil ihnen das wilde Leben der Freiheit besser behagt. Katholische und protestantische Hilfswerke wetteifern, hier Abhilfe zu schaffen und überdies der riesigen Masse der Notleidenden Linderung zu bringen. Den konfessionellen Organisationen verbindet sich jene der Vereinten Nationen, die „Civil Assistance Command“.

Nicht geringer als die leibliche ist die geistige und geistliche Not der Koreaner. Viele Missionare wurden getötet, heute fehlt es an Seelsorgern, mancher Priester muß mehrere Distrikte betreuen. Durch die Wirren hat bei Christen und Heiden der Sinn für das Recht, für Mein und Dein gelitten. Indes ist es im Religiösen zu eigentlichem Abfall unter den Christen nicht gekommen.